

Dr. Doeblin  
Gesellschaft für  
Wirtschaftsforschung mbH

2. November 2021

Snippet 21/08

## ***Einstellungen zum Klimawandel*** **Staat soll handeln – aber die Bevölkerung nicht belasten**

*(Ergebnis-Tabellen sowie Technische Erläuterungen siehe unten)*

Ein großer Teil der Bevölkerung ist der Ansicht, der Staat sollte in den nächsten Jahren mehr Geld in die Bekämpfung des Klimawandels stecken. Allerdings kann oder will nur eine Minderheit dem Staat die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Dies belegen die Ergebnisse einer Bevölkerungsumfrage des Wirtschaftsforschungsinstituts Dr. Doeblin Ende Oktober bei rund 1500 Befragten im Alter von 16 bis 65 Jahren.

Mehr staatliches Geld für die Bekämpfung des Klimawandels wünschen sich 47 % der Bevölkerung. 29 % sind der Ansicht, der Staat solle gleich viel Mittel einsetzen wie bisher. 15 % wollen weniger staatliches Geld; 9 % sind ohne Meinung. (Tab. 1)

Allerdings sind die meisten Bürger nicht bereit, die gewünschten staatlichen Ausgaben zur Bekämpfung des Klimawandels zu finanzieren. 41 % wollen dem Staat dafür keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellen – der Staat habe „dafür genug Geld“. Weiteren 27 % der Befragten fehlen schlicht die finanziellen Möglichkeiten („Ich komme jetzt schon nur gerade so über die Runden“) für zusätzliche Abgaben an den Staat. Nur 23 % sind bereit und in der Lage, den Staat bei der Bekämpfung des Klimawandels zu unterstützen. In der Altersgruppe 16 – 24 Jahre sind es immerhin 30 %, die sich finanziell engagieren wollen, aber man darf zweifeln, ob die Einkünfte der jüngsten Altersgruppe dem Staat eine wesentliche Entlastung verschaffen könnten. (Tab. 2)

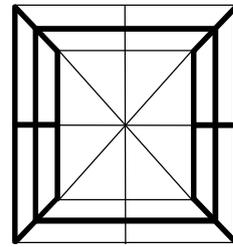
Damit steht die neue Bundesregierung vor der schwierigen Aufgabe, einen teuren umweltpolitischen Aufbruch ohne breite Unterstützung der Bevölkerung zu finanzieren. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten stehen nur begrenzt zur Verfügung. Kompensatorische Einschnitte bei Subventionen sind nach aller Erfahrung in großem Umfang politisch kaum durchzusetzen. Und der Rückgriff auf kreditfinanzierte Investitionen zur Bekämpfung des Klimawandels verschiebt die finanziellen Belastungen in die Zukunft und damit in die Verantwortung der jüngeren Generationen – eine Finanzplanung, der kürzlich erst das Bundesverfassungsgericht eine Absage erteilte.



Tabelle 2

Wieviel Prozent Ihres Nettoeinkommens (nach Steuern und Abgaben) wären Sie bereit, zusätzlich dem Staat zur Bekämpfung des Klimawandels zu geben?

	Total	Alter				
		16-24	25-34	35-44	45-54	55-65
<b>Total</b>	1512	283	235	308	372	315
<b>Ich will dem Staat kein zusätzliches Geld geben - der Staat hat dafür genug Geld</b>	41%	32%	35%	45%	46%	44%
<b>Ich kann dem Staat kein zusätzliches Geld geben - ich komme jetzt schon nur gerade so über die Runden</b>	27%	23%	26%	24%	28%	33%
<b>Ich wäre bereit, dem Staat dafür zusätzlich bis zu 5 % meines Nettoeinkommens zu geben</b>	14%	15%	21%	13%	12%	10%
<b>Ich wäre bereit, dem Staat dafür zusätzlich bis zu 10 % meines Nettoeinkommens zu geben</b>	5%	9%	6%	6%	2%	1%
<b>Ich wäre bereit, dem Staat dafür zusätzlich mehr als 10 % meines Nettoeinkommens zu geben</b>	4%	6%	6%	3%	2	3%
<b>Weiß nicht / Keine Angabe</b>	9%	15%	6%	9%	10%	9%
	100%	100%	100%	100%	100%	100%



## Technische Erläuterungen

Zielgruppe	Bevölkerung, 16 – 65 Jahre
Stichprobe	1512 Personen
Methodik	Online-Umfrage bei den Mitgliedern des Bevölkerungspanels von Dynata, einem führenden Anbieter von Bevölkerungsdaten. Die soziodemographische Struktur der Stichprobe entspricht der der Bevölkerung für die Basis-Merkmale Alter (16 bis 65 Jahre), Geschlecht, Bundesland sowie weiteren Merkmalen.
Zeitraum der Befragung	11. bis 18. Oktober 2021